



Antragsteller: Fraktion AfD Cottbus

Antragsdatum:

09. März 2021

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen		<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	17.03.2002
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	24.03.2021
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		<input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile	
		<input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	

Antragsgegenstand:

Ermöglichung der politischen Teilhabe aller Bürger an Ausschusssitzungen

Inhalt des Antrages:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Verwaltung zu erwirken, dass Teilnehmer aus der Stadtverwaltung an öffentlichen Sitzungen und Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich einer Übertragung der Sitzungen im Livestream zustimmen, um die Öffentlichkeit an der politischen Arbeit in der Stadt Cottbus teilhaben zu lassen.

Begründung:

Es gibt das klare Bekenntnis der Stadt Cottbus zur politischen Teilhabe aller Bürger unserer Stadt. Insbesondere unter den, im Moment Covid-19 bedingten, bestehenden Einschränkungen der Möglichkeiten an Ausschusssitzungen teilnehmen zu können (die überwiegende Anzahl der Ausschüsse findet online statt), ist es notwendig, interessierten Bürgern zumindest die Möglichkeit einzuräumen, die Ausschüsse online zu verfolgen.

Wie zuletzt im Jugendhilfeausschuss, fand eine Übertragung im Internet aus Gründen mangelnder Bereitschaft einzelner anwesender Ausschussmitglieder bzw. Verwaltungsmitarbeiter, einer öffentlichen Übertragung zuzustimmen, nicht statt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Oberbürgermeister, die betreffenden Mitarbeiter zu überzeugen in Zukunft einer öffentlichen Übertragung zuzustimmen bzw. wenn keine Zustimmung zu erwarten ist, andere Mitarbeiter in die Ausschüsse zu entsenden.

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**: